



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Dortmunder Medien

08.05.07

Qualitätsstandard und Präsenz des Service- und Präsenzdienstes deutlich gesteigert

Mit der Umstellung vom Ein-Euro-Jobs auf sozialversicherungspflichtige Arbeitgelegenheiten hat sich der Qualitätsstandard des Service- und Präsenzdienstes deutlich erhöht. Das ist nach Informationen, die der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen, ein Ergebnis des Prüfauftrags der Verwaltung. Ein entsprechender Abschlussbericht wird dem Ausschuss für öffentliche Ordnung in seiner Sitzung am 22.05.07 vorliegen.

„Mit der Umstellung auf sozialversicherungspflichtige befristete Tätigkeiten hat sich auch die Arbeitszeit der MaßnahmeteilnehmerInnen von bisher 30 auf nun 40 Stunden erhöht. Ohne Ausweitung der Stellen sind damit die Einsatzzeiten des Service- und Präsenzdienstes erheblich ausgeweitet worden. Die politische Forderung, den Service- und Präsenzdienst auszuweiten, sehen wir als erfüllt an. Damit ist gewährleistet, dass die Ordnungskräfte mit dem roten Barett für die Bürgerinnen und Bürger länger vor Ort zu sehen sind und für mehr Sicherheit sorgen. Mit einem neuen Dezentralisierungskonzept wollen wir darüber hinaus den Service- und Präsenzdienst verstärkt in die Stadtbezirke bringen“, freut sich **Gerti Zupfer**, SPD-Fachfrau für kommunale Ordnungspolitik.

So soll die neue Zentrale des Service- und Präsenzdienstes im geräumten Sparkassengebäude an der Bornstraße eingerichtet und in jedem der neun Außenstadtbezirke dezentrale Anlaufstellen in den Bezirksverwaltungsstellen oder in anderen städtischen Gebäuden eingerichtet werden. Diese Dezentralisierung ist fast ohne Mehrkosten zu haben.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

„Die Umstellung von Ein-Euro-Jobs auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse hat sich bewährt. Das zeigt sich auch an der Tatsache, dass die vorhandenen 83 Stellen in den letzten Monaten im Gegensatz zu früher fast durchgängig besetzt werden konnten. Alle Beschäftigten im regulären Service- und Präsenzdienst werden nun nach Tarifvertrag für das Bewachungsgewerbe bezahlt. Das ist sowohl gut für die TeilnehmerInnen der Maßnahme als auch durch die längeren Arbeitszeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb sind wir der Auffassung, dass an dieser Regelung nicht gerüttelt werden sollte“, so Ratsmitglied **Jürgen Kuhlmann**, ordnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Durch die geplante Anbindung an die Bezirksverwaltungsstellen sollen zukünftig lange Anfahrtswege der Maßnahmeteilnehmer wie bisher aus der Innenstadt in die Außenbezirke vermeiden werden. Die Ordnungskräfte können zukünftig ihren Dienst direkt vor Ort aufnehmen und Anfahrtswege von rund 1,5 Stunden täglich sparen, die nun für den Dienst auf der Straße genutzt werden können.

Damit die 83 vorhandenen Stellen des Service- und Präsenzdienstes kontinuierlich weiter besetzt werden können, sollen zusätzlich 20 Beschäftigungsmaßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung für eine spätere sozialversicherungspflichtige Tätigkeit beim SuP qualifiziert werden.

„Das neue Konzept ist insgesamt eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Service- und Präsenzdienstes bei engen finanziellen Spielräumen auch bei der ARGE.

Wir werden das Einsatzkonzept des Service- und Präsenzdienstes weiter verfeinern. Während die CDU und die FDP mit ihren nicht umsetzbaren Vorstellungen für eine Stadtpolizei gescheitert sind, bringen wir praxisorientierte Konzepte für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt auf den Weg.“, so **Gerti Zupfer und Jürgen Kuhlmann** abschließend.